

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 17679.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Interessante Kosten für die sieben gesetzte gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Graz, 13. Mai. (Privattelegramm.) Gestern Nachmittags 4 Uhr fuhr der Dampfer „Styria“, auf welchem sich 17 Personen befanden, gegen die Rabehkibrücke. Der Dampfer wurde zerstört und sank unter; 4 Personen werden vermisst.

Odessa, 13. Mai. (Privattelegramm.) Aus Armenien treffen neuerdings entsetzliche Berichte über Gewaltthaten der Kurden ein. Kein Tag vergeht ohne Verbrechen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Ztg.

Ems, 12. Mai. Der König und die Königin von Sachsen sind gestern Abend 10½ Uhr mit Gefolge hier eingetroffen und im Hotel „Zu den vier Thürmen“ abgestiegen. Am Bahnhofe waren der Badekommissar, Kammerherr v. Rathenow, der Landrat Johannes und der Bürgermeister Spangenberg zum Empfang anwesend.

München, 12. Mai. Nach dem heute ausgegebenen Bulletin hatte die Königin-Mutter eine sehr unruhige Nacht; die Schwäche nimmt zu.

Haag, 12. Mai. In der vergangenen Nacht ist es Socialisten gelungen, in den großen Thurm einzudringen und die auf demselben befindliche Fahne von Oranien durch eine rothe Fahne mit socialistischer Inschrift zu ersehen, was erst in vorgerückter Morgenstunde entdeckt wurde. Die rothe Fahne wurde sofort entfernt und die orangische wieder ausgezogen. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Paris, 12. Mai. Das „Journal officiel“ veröffentlicht einen Erlass, durch welchen die Einführung und der Transit von lebendem Vieh, insbesondere von Kindern, Schafen und Schweinen bei einer Anzahl Zollämtern in Delle, Doubs, Jura und verschiedenen anderen untersagt wird.

Der Strike der Weber in Thizy an der Rhône, woran 10 000 Weber beteiligt waren, ist durch gegenseitige Concessions der Arbeiter und der Arbeitgeber beendet.

Rom, 12. Mai. Einer der beiden Vulkane auf der Insel Lipari ist ausgebrochen; auch der Vulkan auf der Insel Stromboli droht auszubrechen.

Zara, 12. Mai. Gestern stand in Gutomore eine patriotische Gedenkfeier anlässlich des vor 10 Jahren stattgehabten Anschlusses des Gebiets von Spiza an die Monarchie statt. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache und schloß mit einem dreistöckigen Hoch auf den Kaiser.

Burgas, 12. Mai. Die Minister, der Präfekt, der Commandant von Philippopol, der bulgarische Agent in Konstantinopel und zahlreiche andere Gäste sind gestern Abend von Yamboli eingetroffen. Bei der Durchreise durch Karalunar und Yenizagra überreichten Deputationen dem Ministerpräsidenten Stambulow Adressen, in welchen dieselben dem Prinzen und der Regierung für den Entschluß zum Bau der Eisenbahn Yamboli-Burgas ihren wärmsten Dank aussprechen. Die Stadt ist besiegelt. Der Fürst wird heute Abend erwartet. Die Bahnarbeiten beginnen morgen.

Petersburg, 12. Mai. Das von der „Allgemeinen Reichs-Correspondenz“ in Berlin verbreitete Petersburger Telegramm, nach welchem der Reichsrath dem früheren Verkehrsminister Pohlet wegen Lässigkeit der Geschäftsführung einen scharfen Verweis ertheilt habe, entbehrt der Begründung. Es ist in dieser Angelegenheit noch gar kein Beschluß gefaßt, und falls es zu einem solchen Beschuß kommt, so unterliegt derselbe zuvor noch der allerhöchsten Sanction des Kaisers, ehe er überhaupt zur Ausführung gelangen kann.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Mai.

Zunahme des bergmännischen Massenstrikes.

Die Befürchtungen, daß der Massenausstand in dem rheinisch-westfälischen Kohlenreviere seinen Höhepunkt noch nicht überschritten, noch nicht einmal erreicht habe, finden heute ihre Bestätigung. Immer weitere Kreise sind von dem Ausstande ergreift worden. Einer telegraphischen Nachricht aus Gelsenkirchen zufolge wurde gestern auch in einer in Essen stattgehabten Versammlung von Bergarbeitern beschlossen, tags darauf, also heute, auf allen 42 Zeichen des Essener Reviers die Arbeit niederzulegen. Es striken nunmehr über 100 000 Mann.

Doch die Regierungskreise auch nach den Beobachtungen, die der Minister des Innern selbst bei seiner Anwesenheit im Strikeregebiet gemacht ha, mit der Haltung der Arbeitgeber, insbesondere der Grubenverwaltungen nicht ganz einverstanden sind, kann, wer es nicht sonst weiß, ohne Anwendung besonderer Scharfsins zwischen den Zeichen der Betrachtungen lefen, welche die Regierungsblätter über die Vorgänge im Ruhrgebiet erstaaten. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ lehnt zwar ein Urtheil über die Frage ab, welche Forderungen etwa den Bergarbeitern zu gewähren seien; aber indem sie hervorhebt, wie dringlich eine Vereinbarung zwischen den Kohlenzechen-Verwaltungen und den Arbeitern sei, weift sie die Forderung, daß die Arbeiter zunächst die Arbeit wieder aufnehmen, ehe von Jugeständissen die Rede sein könne, indirekt wenigstens ab. Die „Post“ geht noch einen Schritt weiter. Sie erkennt zwar an, daß die plötzliche Arbeitsentstellung nicht zu billigen sei, giebt aber andererseits zu, daß die von den Verwaltungen gewährten Löhne mit dem Steigen der Kohlenpreise nicht gleichen Gang gehalten haben, so daß also auf beiden Seiten das Gefühl

des Unrechts bei der Unbilligkeit zur Verständigung drängen müsse. Die Leitung der Verhandlungen liegt ganz in den Händen des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, v. Hagemeister, der allzeit als die zur Erledigung dieser schwierigen Aufgabe am meisten geeignete Persönlichkeit angesehen wird. Schon aus diesen Auslassungen geht mit Sicherheit hervor, daß die Gerüchte, als ob der Strike ganz oder auch nur vorwiegend auf sozialistische oder anarchistische Agitatoren zurückzuführen sei, grundlos waren, wenn auch die „Kreuzig.“ den Versuch mache, dieselben auf die beherrschten Behörden zurückzuführen. Nichts wäre für die sozialistische oder anarchistische Agitation förderlicher, als wenn die Arbeitgeber jedes Jugeständnis verweigern wollten, so lange die Arbeiter nicht den Contrachbruch durch Wiederaufnahme der Arbeit gutgemacht hätten. Bei der bekannten Praxis der Grubenverwaltungen würden nach Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen über Lohn erhöhung u. dergl. absolut nutzlos sein und nur zur Aindigung der Arbeiter seitens der Verwaltungen führen.

Leider aber haben die Grubenverwaltungen tatsächlich einen Schritt gethan, der jeglicher Verjährlichkeit entbehrt. Wie die „Rhein-Westf. Ztg.“ meldet, waren vorgestern in Essen Vertreter sämmtlicher Zeichen des Ober-Bergamtssbezirks Dortmund versammelt. Dieselben beschlossen eine Erklärung an die Bergleute, in welcher es heißt:

„Im Interesse der zukünftigen Entwicklung der Arbeitsverhältnisse innerhalb des Bezirks und zur Aufrechterhaltung der festen Grundlagen, auf denen dieselben beruhen müssen, könnten wir in dem uns jetzt von den Arbeitern ungefährlich aufgenötigten Kampf lediglich die Machtverhältnisse entscheiden lassen. Wir erwägen jedoch die ungewöhnlich ersten Folgen, welche die längere Fortdauer der Arbeitsentstellung nicht nur für unsern Bezirk, sondern auch für die weitesten Kreise des Baterlandes hat, und erklären deshalb rüchhaftlos, daß jede einzelne Grubenverwaltung unseres Bezirks bereit und ernstlich entschlossen ist, den Arbeitern, wenn sie die Arbeit wieder aufgenommen haben werden, erhöhte Löhne zu bewilligen. Es ist unmöglich und widerständig, wie jeder Bergmann weiß, eine allgemeine Lohn erhöhung in bestimmter prozentualer Höhe für den Bergarbeiter vorzunehmen, und deshalb sinnlos, eine solche zu versprechen. Wir beanspruchen aber für unsere feierliche Lohn erhöhung zusätzliche das volle Vertrauen, welches dem Ernst und den Schwierigkeiten der Lage entspricht. Was das Verlangen, die zu Seite 8 Stunden unter Tage betragende Arbeitszeit abzukürzen, betrifft, so entbehrt dasselbe jeder sachlichen Bedeutung.“

Wenn diese Erklärung wirklich das letzte Wort sein soll, so dürfte sich die Hoffnung, daß es gelingen werde, dem Strike baldigst ein Ende zu machen, als ettel erweisen. Bedenklich ist schon die Überhebung, welche in der Behauptung liegt, die Arbeitgeber könnten in dem ihnen aufgeworfenen Lohnkampf lediglich die Machtverhältnisse entscheiden lassen und würden dann „im Interesse der zukünftigen Entwicklung der Arbeitsverhältnisse“ handeln. Das letztere kann nur bedeuten, daß die Arbeitgeber, wenn sie Jugeständisse an die Arbeiter machen, das nur aus Gnade und Barmherigkeit thun. Diese Aundgebung wird die Arbeiter schwerlich zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen. Dazu kommt, daß die „Erklärung“ fachlich einen den Beschlüssen der Arbeiter gerade entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Die Einrechnung der zur Ein- und Ausfahrt in die Grube erforderlichen Zeit und die achtstündige Arbeitszeit ist von den Arbeitern als Prinzipialforderung aufgestellt worden, während sie die Frage der Lohn erhöhung zum Gegenstand der Verhandlungen im einzelnen machen wollen. Man hat fast den Eindruck, als wollten die Arbeitgeber durch Ablehnung der allen gemeinsamen Forderung zunächst den Zusammenhang unter den Strikenden zerstören, in der Erwartung, daß sie nachher um so leichter über die Lohnfrage hinwegkommen würden. Wollen sie diesen naheliegenden Verdacht zerstreuen, so bleibt nur ein Mittel übrig, nämlich, daß jede Zeche im Voraus die Lohn erhöhung feststellt, zu deren Bewilligung sie bereit ist. Mit der Berufung an das Vertrauen des Arbeiters, daß die Verwaltungen nach Wiederaufnahme der Arbeit in der Lohnfrage genügende Jugeständisse machen würden, ist eben nicht viel gethan.

Das Resultat dieser „Erklärung“ läßt die Mahnung zur Nachgiebigkeit, welche die offizielle Presse an alle Beteiligten gerichtet hat, als durchaus gerechtfertigt erscheinen.

Auch der Kaiser verfolgt offenbar mit lebhaftem Interesse die Bewegung. Heute gingen uns folgende Drahtmeldungen zu:

Berlin, 13. Mai. (Privattelegramm.) Der Kaiser nahm gestern den Bericht des Ministers Herrfurth über die Strikebewegung entgegen. Heute entscheidet es sich in Westfalen, ob ein Ausgleich zu Stande kommt.

Berlin, 13. Mai. (W. T.) Eine Deputation des Dortmunder Strike-Comites ist gestern Abend nach Berlin abgereist, um beim Kaiser eine Audienz zu erbitten.

Die Frage, wieviel ^{*} Tode bis jetzt der Strikebewegung in Westdeutschland zum Opfer gefallen sind, läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten, erst in einigen Tagen wird man einen verläßlichen Überblick gewinnen können. Die „Frankl. Ztg.“ läßt sich aus Bochum telegraphiren, daß „im ganzen Revier bis jetzt etwa fünfzehn Personen getötet sind“.

Über den so überaus bedauerlichen blutigen Zusammentrieb in Bochum bringt die national-liberale „A. W. Ztg.“ einen die bisherigen Angaben im wesentlichen bestätigenden Bericht, in welchem es heißt:

Eine Abteilung, aus etwa 20 Infanteristen bestehend, trieb in der Absicht, die Straßen zu säubern, eine Anzahl Radabmacher vor sich her. Auf der Friedrichstraße da, wo dieselbe mit der Bahnhofstraße zusammenläuft, nahmen die Ausschreitungen der zumeist aus halbwüchsigen Burschen bestehenden Menge derartig überhand (es soll sogar zu Steinwürfen auf die Soldaten gekommen sein), daß der führende Lieutenant schließlich „Feuer“ kommandierte. Drei (?) Gewehrsalven wurden auf die schreiende und johlende Schaar abgegeben. Aber leider trafen die Augen durchaus unbedachte Leute, die auch noch nicht einmal aus Neugierde mitgelaufen waren. Es war in diesem Augenblicke nämlich der von Eisen 8 Uhr 44 Minuten fällige Zug in Bochum eingetroffen, und die ankommenden Passagiere mußten, um in die Stadt zu gelangen, notgedrungen diese Straße passieren. An ein Entwickeln war wegen der geschlossenen Barriere am Bahnhofsgange gleichfalls nicht zu denken. Drei Leute, ein Fabrikarbeiter, der sich auf dem Wege zum neuen Stahlwerke befunden haben soll, und ein Metzgergeselle, der mit dem Zug gekommen war, wurden tödlich getroffen. Der eine von ihnen war sofort eine Leiche, der andere starb nach wenigen Minuten. Außerdem wurden die von der Bahn kommenden bereits erwachsenen Kinder des Herrn Schulte-Destrich, ein Sohn und eine Tochter, nicht unerheblich verletzt. Endlich erlitten auch noch der Anecht des Herrn Barenberg und der des Herrn Beine Verwundungen. Die Aufrégung im Publikum ist natürlich sehr groß. Es wird dem Militär von verschiedenen Seiten die heftigsten Vorwürfe gemacht, namentlich deshalb, daß auf den einfahrenden Zug keine Rücksicht genommen worden sei. Wie gefährlich auch noch für andere Personen die Sache hätte werden können, geht aus dem Umstände hervor, daß in dem nach Dortmund gehenden Zuge von den einschlagenden Augen mehrere Scheiben zertrümmt worden sein sollen und daß auch in das Wärterhäuschen am Bahnhofsgange, worin sich zur Zeit glücklicherweise niemand befand, deren fünf eingedrungen sind. Hoffentlich dient die nähere Untersuchung der ganzen Angelegenheit dazu, die jetzt an manchen Stellen hervorbrechende Erbitterung im Publikum zu befehligen.

Daß solche Vorgänge wie ein Delugus auf einen Flammenherd wirken müssen, ist freilich selbstverständlich.

Die Geschäftslage des Reichstages.

So wie bisher feststeht, wird nach Erledigung der heutigen Tagesordnung des Reichstages — dritte Berathung des Gesetzes betreffend die Geschäftssprache in Elsaß-Lothringen und Prüfung der Wahl des Abg. Henneberg — der Reichstag selbst erst bestimmte Beschlüsse über die Gegenstände der Berathung in den Sitzungen von Dienstag und Donnerstag (Mittwoch ist Feiertag) zu fassen haben. Ein Einverständniß besteht u. a. darüber, daß der Bericht der Petitions-Commission betr. den Raiffeisnerhandel zur Erledigung kommen soll. Was die Initiative anträge seitens einzelner Parteien betrifft, so hat die Majorität bislang die Absicht, keinen derselben zur Verhandlung gelangen zu lassen, weder den Antrag Windthorst betr. die Congoakte, noch den freisinnigen Antrag betr. die Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit — dieser hat die erste Berathung befehllich passirt und schien die Annahme desselben in den weiteren Sitzungen nicht zweifelhaft — noch den Antrag betr. die Schadloshaltung zu Unrecht verbotener oder beschlagnahmter Zeitungen seitens des Staates. Was die dritte Berathung der Alters- und Invaliditätsversicherung oder, wie der Titel jetzt lautet, der Invaliditäts- und Altersversicherung betrifft, so rechnet man darauf, daß dieselbe zum mindesten vier Tage in Anspruch nehmen wird, da noch eine Reihe von Abänderungsanträgen in Aussicht steht. Reichen vier Sitzungstage zur Erledigung des Gesetzes aus, so wird der Schluß der Session am 22. oder am 23. erfolgen können, selbst wenn die Schlüßsitzung nicht in der sonst üblichen formlosen Weise stattfinden sollte, was angesichts der Bedeutung, welche der Invaliditäts-Versicherung beigelegt wird, nicht ausgeschlossen erscheint.

Die Chancen des Invaliditätsgegeses sind unsicher wie bisher. Man kann weder das Centrum, noch die Conservativen, noch die Nationalliberalen berechnen, ebenso wenig die Ironischen Fälle. Einstweilen nimmt man immer noch an, daß eine Majorität dafür sein wird, weil viele voraussichtlich trotz aller Anstrengungen, ein volles Haus zu bekommen, fehlen werden.

Eine interessante Wahlprüfung.

Die heute im Reichstage zur Verhandlung kommende Angelegenheit der Wahl des Abg. Henneberg-Görlitz beansprucht ein höheres Interesse als manche andere Wahlprüfung. Wir haben die näheren Umstände derselben schon früher nach Erscheinen des Berichtes der Commission erwähnt, wollen aber doch heute mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen noch einmal an den wesentlichen Inhalt erinnern.

Bei der Wahl Hennebergs wurden in der Stichwahl abgegeben für Henneberg (nat.-lib.) 12 073, für Bock (soc.) 11 033 Stimmen. Die Commission hat nur mit 7 gegen 5 Stimmen die Gültigkeit der Wahl beantragt; die Minorität von 5 St. war für die Ungültigkeit. Im wesentlichen handelt es sich darum, ob die Verbote sozialdemokratischer Versammlungen, welche stattgefunden, gerechtfertigt sind oder nicht. Es liegt nämlich eine allgemeine Verfügung des h. Staatsministeriums von Gotha vom 5. Februar 1887 vor, wonach eine Versammlung, in der der Kaufmann Bock zu Gotha sprechen würde, zu verbieten sei, weil dieser in einer früheren Versammlung (am 20. Januar) in Gotha über den Zweck einer Wahlversammlung hinausgegangen sei und allgemeine auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu fördern gesucht habe. Bock war aber der Kandidat der Sozialdemokraten, und die Folge dieser ministeriellen Verfügung war also die, daß der

Candidat nicht mehr zu seinen Wählern sprechen konnte. Was nun diese Versammlung vom 20. betrifft, so hat der Bericht des überwachenden Polizeibeamten keinerlei solche Thaten aus der Rede des Bock angegeben; die Versammlung ist auch von ihm nicht aufgelöst worden, sondern es stützte sich die Verfügung auf dem Ministerium von anderer Seite mitgetheile sozialdemokratische Ausschreitungen (Forderung nach Theilung des Grundbesitzes, des Vermögens, des Verdienstes u. s. w.). Aber aus der Verfügung geht nicht hervor, von wem diese Mittheilungen gemacht sind, welches der Wortlaut der Ausführungen Bocks war, so daß man sich, wie die Minorität sagte, ein zuverlässiges Urtheil über ihren Charakter nicht zu bilden vermöge. Ihre Frage an den anwesenden Bevölkerung zum Bundesrat, ob hierüber nähere Auskunft erhalten werden könnte, wurde dahin beantwortet, daß die Akten weiteres nicht ergäben. Die Minorität erachtete daher dieses Versammlungs-Mittheilung nicht für gerechtfertigt und stimmte der früheren Praxis des Reichstags gemäß für Un-

glück. Es läßt sich annehmen, daß die Frage eine längere Debatte hervorrufen wird. Sie steht auch im Zusammenhang mit einem Theil des Antrags Rickert, welcher eine generelle Anweisung an die unteren Organe durch den Herrn Reichskanzler wünscht, daß derartige Verbote von Versammlungen nicht stattfinden mögen. Bekanntlich ist über diesen im November der Wahlprüfungs-Commission überwiesenen Antrag noch nicht Bericht erstattet worden, obwohl seitdem mehrere Monate verflossen sind.

Stöcker-Witte.

Während die „Kreuzig.“ mit Befriedigung mittheilt, daß das Consistorium der Provinz Brandenburg ein Disciplinarverfahren gegen Pastor Witte wegen der letzten Broschüre eingeleitet hat, ist sie gleichzeitig in der glücklichen Lage, die Rede zu veröffentlichen, welche Herr Stöcker am Freitag Abend in einer Versammlung seiner Christlich-Socialen gehalten hat. Es genügt wohl, zu bemerken, daß die Nordb. Allg. Ztg. sich mit den Ausfällen Stöckers einverstanden erklärt. Von ihrem Standpunkte aus mit Recht. Natürlich haben die Christlich-Socialen die ganz ungünstige Rede des Herrn Hofpredigers mit Beifall begleitet; aber wer glaubt, daß diese „Politiker“ sich auf die Dauer mit einer so kraft- und sattlosen Speise, wie hr. Stöcker sie allein darbietet kann, zufriedengeben werden, der dürfte sich doch irren.

Von der Witte'schen Broschüre gegen Stöcker sind nach Verlauf weniger Tage bis heute 10 000 Exemplare ausgegeben worden. Es ist daher nicht recht verständlich, wenn „Reichsb.“ und „Kreuzig.“ von einem Mißerfolge dieser Broschüre sprechen.

Englische Sympathiebezeugung zu Hauptmann Wissmanns Sieg.

In einem dem Siege des Hauptmanns Wissmann über Bushiri gewidmeten Leitartikel der „Times“ heißt es: „Es ist unerlässlich, daß das Ansehen Deutschlands in dem der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zugewiesenen Distrikte hergestellt wird. Obgleich wir auf den schlichten Ausgang mit einiger Besorgniß blicken, können wir doch unsere deutschen Bundesgenossen zu Wissmanns Erfolge nur beglückwünschen.“

Über Wissmanns Waffenthat selbst liegen bisher keine weiteren Nachrichten vor.

Der König von Holland

hat gestern sein vierzigjähriges Regierungsjubiläum gefeiert. Aus diesem Anlaß hat er eine Proclamation erlassen, in welcher er die Hoffnung ausdrückt, sein Volk könne bezeugen, daß er seine Versprechungen immer und zu jeder Zeit gehalten habe. Er wisse, daß sein Volk in den Lagen der Freude wie des Kummer stets treu zu ihm gestanden sei, wie auch er sich stets bemüht habe, das Baterland glücklich zu machen. Mit innigem Dankesgefühl gegen Gott, durch dessen Gnade das alte Band zwischen Oranien und den Niederlanden wieder hergestellt sei, blickte er auf die Vergangenheit den gleichen Gegen Gottes für das Wohl und die Zukunft seines Hauses und seines Volkes. Die Erinnerung an die Vergangenheit sei die beste Gewähr, daß auch in Zukunft Oranien und die Niederlande durch die Gnade Gottes in Eintracht stark und frei seien.

Obgleich im übrigen das Bestinden des Königs nicht günstig war, um großartige Feste aus Anlaß des Regierungsjubiläums vorzubere

der katholische Kongress in Wien sei eine Privatversammlung gewesen, an der fast nur der niedere Clerus teilgenommen habe und in welcher nicht einmal der vierte Theil des österreichisch-ungarischen Episcopats vertreten gewesen sei. Es sei ein schwerer Irrthum, zu glauben, daß diese Kundgebungen von den betreffenden Regierungen provocirt wurden. Die italienische Regierung habe gar keinen Grund gehabt, sich hiermit zu beschäftigen, da sie zu eifriglich auf die eigene Unabhängigkeit sei, um sich in das zu mängeln, was in anderen Staaten geschehen, um so mehr, als die Congresse der Katholiken keinerlei Echo in der öffentlichen Meinung der betreffenden Länder gefunden hätten. Entfernt davon, sie zu unterstützen, hätten die auswärtigen Regierungen erkannt, daß die Papstfrage eine italienische sei und hätten sich unablässig bemüht, durch ihre Haltung die Illusionen der Verantstalter dieser Versammlungen zu zerstreuen. Der 20. September 1870 habe in Rom eine Schranke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft errichtet. Die Vergangenheit könnte nicht wiederkehren, Italien fürchte derartige unnöthe Versuche nicht; es sei stark genug, seinen Rechten Achtung zu verschaffen.

Der Papst bereitet eine Encyclika bezüglich der römischen Frage vor. Dieselbe soll im Juni veröffentlicht werden.

Eine Rede Carnots.

Bei einem am Sonnabend Abend in dem Hotel de ville in Paris zu Ehren des Präsidenten Carnot von dem Municipalrat von Paris gegebenen Banket erwiederte Carnot auf die Begrüßungsworte des Präsidenten des Municipalsrathes, er spreche seinen Dank dafür aus, daß ihm Gelegenheit gegeben sei, alle diejenigen zu begrüßen, die zu dem Glanze der Ausstellung beigebrachten. Unter diesen habe sich die Stadt Paris in hervorragender Weise betheiligt, und ihre Bemühungen seien von bisher nicht dagegenem Erfolge gekrönt worden. Carnot fuhr dann fort:

Diese bewundernswerte Stadt, auf die wir mit Recht stolz sind, dieser Bienenkorb von Arbeit, läßt sich nicht durch unschöne Agitationen befehligen, noch von seiner friedlichen Arbeit abbringen. Die Bevölkerung von Paris darf einen guten Theil unserer Anerkennung für sich in Anspruch nehmen. Swarz sei die Arbeit noch nicht vollendet, aber die Aufgabe, die noch zu thun übrig bleibe, sei leicht, denn sie entspreche ganz dem Empfinden der gesamten Stadt, die ihre Gäste willkommen heiße. Alle Völker würden in Paris die herzgewinnende Liebenswürdigkeit finden, welche die Stadt so überzeugend schnell für die Fremden in ein neues Vaterland vermaut. Alle Gäste würden Paris nicht ohne die tiefe Überzeugung verlassen, daß Frankreich schafft für den Frieden der Welt, für die Verbrüderung der Völker.

Carnot schloß mit dem von begeisterten Zusagen begrüßten Toast auf die Stadt Paris.

Die Stellung des neuen rumänischen Ministerpräsidenten.

In Bukarester Kreisen maßgebender Politiker aller Parteien, mit Einschluß der altdojarischen Gruppe, stellt man dem Ministerium Catargi keine sehr lange Dauer in Aussicht. Man neigt vielmehr zu der Annahme hin, daß dasselbe schon in wenigen Monaten einer anderen Combination Platz machen dürfte, da die Majorität, über welche das Cabinet in der Kammer verfügt, keinen festen Zusammenhang hat und unberechenbare Schwankungen ausgesetzt ist. Der König sah sich bei der Verfassung Catargis vor die Alternative gestellt, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben zu lassen, oder dessen Cabinet zu akzeptiren. Von seinem constitutionellen Gefühl geleitet, griff er zum Cabinechsel; Herr Catargi scheint selbst wenig Gewicht auf seinen Finanzkollegen Bernescu zu legen und würde vielleicht Anhänger Demeter Bratianus in das Cabinet aufzunehmen versuchen.

Deutschland.

* Berlin, 12. Mai. Der Kaiser richtete, nachdem er von dem Siege über Buschiri Kunda erhalten hatte, sofort ein Glückwunschtelegramm an Hauptmann Witzmann und beabsichtigte, ihn zu decortieren.

[Keine Nachtragsforderung.] Die Meldungen, daß dem Reichstage noch eine Nachtragsforderung betreffend Erzbauern für die in Samoa gescheiterten Kriegsschiffe zugehen würde, bestätigten sich nicht. Noch umfassendere Neubauten, als die in dieser Session schon bewilligt, könnte die Admirälmärität nicht bewältigen.

* [Gegen das Altersversicherungsgesetz] beabsichtigen die überseelischen Handwerkervereine eine gemeinsame Kundgebung. Die Anregung hierzu ist von dem Führer der überseelischen ultramontanen Jünfler, dem Reichstagsabgeordneten Schönsteinfegermeister Mehner ausgegangen. Herr Mehner hat an den Leobelschützen-Stadtverordneten Kreis ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Abhaltung einer allgemeinen Handwerkerversammlung vor Beginn der dritten Lesung des Gesetzes für durchaus nothwendig und zweckmäßig erklärt, indem er hinzufügt, der Abgeordnete Windfuhr erwarte speziell die Stellungnahme der Handwerker gegen das Gesetz. Herr Mehner schließt sein Schreiben wie folgt:

„Wir Handwerker müssen, wenn das Gesetz zu Stande kommt, sichtbar zahlen und haben nichts davon, da unsere Gefallen, für die wir zahlen, und welche selbst zahlen müssen, mit der Zeit Meister werden und die Wohlthaten des Gesetzes nie in Anspruch nehmen können. Die gezahlten Beiträge versallen dann zu Gunsten der von der Großindustrie ausgenutzten Arbeiter, und so müssen wir noch die Unterdrückter des Handwerks unterstützen.“

* [Die Gesandtschaft des Sultan der Mandara-Neger] ist am Sonnabend an Bord des norddeutschen Dampfers „Schwan“ wohlbehaltet in Hamburg eingetroffen. Die interessanten Ost-Afrikaner wurden vom Herrn Otto Ehlers, der sie von Allmandshausen nach Czanzibar begleitet hatte, in Empfang genommen und voraussichtlich nach der Zollabfertigungsstelle Münsterstraße gebracht, von wo aus sie per Wagen zum Hamburger Hof fuhren. Geradezu röhrend war die Freude, welche sie beim Erscheinen des Herrn Ehlers äußerten, dem sie ausdrücklich gebeten und zugeschrieben zu sein scheinen. Ihre Kleidung besteht vorläufig aus langen rothen Mänteln; Turbane schmücken ihr Haupt. Die Füße sind unbekleidet. — Im Hamburger Hof bewohnen sie einen großen Salon nebst Badezimmer im zweiten Stock, zu welchem sie per Aufzug hinaufgelangten, welche für diese Menschenkinder ganz neue Förderungsweise einen gewaltigen Eindruck auf sie ausübt. Auch die großen Fenstercheiben des Hotels entlockten Ihnen Ausruhe des Erstaunens. Jeder, der bis jetzt in Beührung mit den dunklen Gästen gekommen ist, des Lobes voll über ihr liebenswürdiges Vertragen. Sie sprechen lediglich die Sprache ihrer Heimat,

in der sie sich mit Herrn Ehlers verständigen. Sonntag ist die Gesandtschaft bereits nach Berlin weitergereist.

* [Lieutenant v. François], ein Bruder des bekannten Afrikaforscher gleichen Namens, hat im Auftrage der Reichsregierung, wie Hamburger Blätter berichten, einige dreißig Mann angeworben, mit denen er in der nächsten Zeit nach dem deutsch-südwestafrikanischen Schuhgebiet gehen wird.

* [Curioser Strike.] Als Curiosum verzehlt die „Dolzig“ die Nachricht, daß in Pöschach i. Thür. die politische Machtmäßigkeit die Arbeit niedergelegt hat, weil ihr eine Verkürzung ihrer Dienstzeit und eine 30procentige Lohnhöhung nicht bewilligt wurden.

Magdeburg, 12. Mai. Die Stadt Magdeburg hatte den Kaiser ersuchen lassen, die demnächst zu eröffnende landwirtschaftliche Ausstellung mit seinem Besuch zu beehren. Der Kaiser hat indessen sein Bedauern darüber ausgesprochen lassen, der Stadt Magdeburg aus Anlaß der bevorstehenden landwirtschaftlichen Ausstellung einen Besuch nicht machen zu können, da die Ausstellung gerade in die Zeit fällt, zu welcher die Feier der Vermählung des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und der Prinzessin Sophie von Schleswig-Holstein stattfinden wird. Der Kaiser hat sich jedoch vorbehalten, später die Stadt Magdeburg zu besuchen.

* Aus Cuxhaven wird der „König.“ geschrieben: In einigen Tagen trifft der Chef des preußischen großen Generalstabes, General der Cavallerie Graf Waldersee, hier ein. Er beabsichtigt das Gebiet für den anliegenden großen Geestfoss auszuwählen. Diese werden ihre Plätze an der Elbmündung zwischen dem Fort Augustus und dem Stranddorf Duhnen erhalten und mit Panzerhügeln versehen werden. Ferner wird für die ermöglichen einer Elbsperre in unserer Nachbarschaft ein Minendepot errichtet werden. Mit der technischen Leitung des Baues ist der preußische Arcisbaumeister Lorenz beauftragt worden. Im Gefolge des Grafen Waldersee werden sich mehrere Marine- und Pionieroffiziere befinden.

Sön, 11. Mai. Der Söldner-Männer-Gesangverein ist mittels Extragenen heute Abend aus Italien hier wieder eingetroffen und von einer zahlreichen Menschenmenge am Bahnhofe empfangen worden.

Österreich-Ungarn.

Pest, 11. Mai. [Abgeordnetenhaus.] Komlossy (kathol. Priester) sprach sich gelegentlich der Budgetdebatte in antisemitischem Sinne aus. Minister Baros protestierte als Katholik gegen die Geschmacklosigkeit Komlossys, tadelte dessen Auftreten als für einen katholischen Priester unpassend und verwahrte sich gegen solches Vorgehen, damit man nicht glaube, daß die Regierung es billigte. Auch der Präsident rügte Komlossys Verhalten. (W. I.)

Frankreich.

Paris, 11. Mai. Die Kommer nimmt ihre Sitzungen am Dienstag wieder auf. Das Ministerium wird für die Beratung des Budgets die Priorität beantragen. (W. I.)

Italien.

* [Eine Privat-Docentin.] In Bologna hat eine Privat-Docentin, namens Giuseppina Cattani, jüngst ihre erste Vorlesung abgeholt. Das Fach, welchem sich das Fräulein gewidmet, ist die allgemeine Pathologie, und die erste Vorlesung vor einem ungemein großen Auditorium behandelt die Bakteriologie im allgemeinen und ihren intensiven Einfluß auf die moderne Pathologie. Da die junge Doctorin klar, gewählt und flüssig sprach, und viel zierlicher aussah, als die alten Professoren, so fehlte es ihr selbstverständlich nicht an stürmischem Beifall.

Bulgarien.

Sofia, 11. Mai. Die fünf Räuber, welche im vergangenen Jahre in der Nähe von Bellovo ihr Unwesen trieben und die von dem Amtsgericht zum Tode verurtheilt wurden, sind heute früh hingerichtet worden. (W. I.)

Bon der Marine.

Viel, 11. Mai. Der Aviso „Grille“ (Commandant Corsetti-Capitän Ihn), dessen neuliche Reise durch das Auslaufen bei Rijholt unterbrochen wurde, ist heute mit Admiralsabstossen zu Reconnoisirungsfahrten in See gegangen. Das Endziel ist Memel. Wie wir hören, befindet sich auch der Chef der Marinestation der Ostsee, Vice-Admiral Knorr, an Bord. — Die Segelordre für das Geocaboten-Schiff „Nioe“ (Commandant Capitän G. Aschenborn) ist nunmehr festgestellt. Die infanteristischen Exercitien der an Bord commandirten 51 Caboten sind beendet und es wurden dieselben heute beim Stationschef vorgestellt. Es erfolgt jetzt die praktische Unterweisung der Caboten in Dienst, Artillerie, Navigation und Dienstkenntniß und beginnen zu diesem Zweck am Montag kleinere Übungsfahrten in und vor dem Aielo Hafen, die bis zum 27. d. M. andauern. Am 28. Mai tritt „Nioe“ die Reise nach der Nordsee an und wird nacheinander die Häfen von Christiania, Slavanger, Leith, Cowes, Helsingör und Karlskrona anlaufen, um dann nach Zoppot zu gehen. In der Danziger Bucht werden vom 1. bis 9. September Schießübungen und Landungsmanöver vorgenommen, dann kehrt das Schiff Småne und Sonderburg anlaufend, nach Viel zurück.

* Die Kreuzerkorvette „Aegaeadine“ (Commandant Corvetten-Capitän v. Prittwitz und Gaffron) ist am 12. Mai cr. in Aden eingetroffen.

Am 14. Mai. Danzig, 13. Mai. M.-a. b. Tage, G.-A. 2. U. 7.1. Danzig, 13. Mai. M.-u. 4.3.

Weiterausfahrt für Dienstag, 14. Mai, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Theils heiter und strichweise wolkenfrei, theils wolbig und bedeckt; übrigens trocken oder nicht mehbare Niederschläge. Viel Dunst, auch Nebel. Abnehmende Wärmelage, leichte bis mäßige Luftbewegung.

Für Mittwoch, 15. Mai:

Größtentheils heiter, trocken, oder kaum merkbare Niederschlag, dunstig, strichweise neblig, wandernde Wolken, strichweise bedeckt; andererseits zum Theil wolkenlos; leichte bis mäßige Winde. Morgens und Abends recht kühl. Später zunehmend wolbig und stellenweise Regen.

* [Hilfssomite für die Überschwemmungen.] In der heute Vormittag unter dem Vorst des Herrn Oberpräsidenten abgehaltene Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des westpreußischen Central-Hilfss-Comités wurde aus den verhältnismäßig nur noch geringen verfügbaren Mitteln des Comités ein Betrag von 20.000 Mk. den Herrn Oberpräsidenten zur Verfügung gestellt, um denjenigen Bewohner von Neufähr und Bohmisch, deren Grundstücke in diesem Frühjahr von der Stromung fortgerissen sind, Beihilfen zur Wiederbeschaffung des verloren gegangenen Mobiliars, der Geräthe etc. zu gewähren. Für

die Verluste an Gebäuden und Grundbesitz erhofft man bekanntlich Entschädigungen aus Staatsmitteln. Ferner wurde der Herr Oberpräsident ermächtigt, in Fällen dringender Notstände auch ferner aus Mitteln des Comités, so weit solche disponibel sind, mit Beihilfen einzureisen.

* [Marienburg-Möllnkaer Bahn.] Die ordentliche Jahres-General-Versammlung der Aktionäre dieser Bahn wird am Donnerstag, den 6. Juni, im Directionsgebäude der Gesellschaft zu Danzig stattfinden. In derselben werden die Berichte der Direction und des Ausschusses über das verflossene Geschäftsjahr vorgelegt und über die Dividendenverteilung Beschluß gefasst werden.

* [Gefühlige Unfälle.] Die gefühlige Unfälle, Spazierläufe und Schirme wogenreicher unter dem Arm zu tragen, hat in Thorn einen bedauerlichen Unfall verhängt. Ein achtjähriges Mädchen lief in das elternbegleitete Ende eines so getragenen Stockes hinein und zog sich eine bedenkliche Verletzung direkt unter dem linken Auge zu. (In Danzig ist, wenn wir uns recht erinnern, vor ca. 10 Jahren eine Polizei-Verordnung erlassen worden, welche das erwähnte Verfahren, Schirme und Cäcke zu tragen, mit Strafe bedroht, wenn es auf Trottoirs und Promenaden und wo sonst lebhafter Verkehr herrscht, geschieht.)

* [Schiffs-Berluft.] Das früher zur hiesigen Rhederei gehörige Barkass „Arthur“ wurde vor einiger Zeit durch Captain Höger angekauft und erhielt nun Rügianwalde als Heimathafen. Captain Höger übernahm selbst die Führung des Schiffes, mit welchem er im Herbst v. J. eine Reise nach Nord-Amerika machte. Auf der Fahrt von dort nach Holland ist das Schiff — wie nun wohl als feststehend angenommen werden muß — mit Mann und Maus untergegangen. Da seit über 6 Monaten jede Nachricht von demselben fehlt.

* [Danziger Lehrerverein.] In der am Samstagabend, den 11. d. Mts., im Kaiserhofe abgehaltenen Sitzung begleitete der Vorstand, hr. Mittelschullehrer Both, vor Eingehen in die Tagesordnung die anwesenden Gäste. Sobald hielt hr. Mittelschullehrer Dittmar einen Vortrag über das vom Provinzial-Vorstand zur diesjährigen Provinzial-Lehrer-Versammlung in Danzig gestellte Thema: „Der geometrische Unterricht in der Volksschule.“ Referent fasste seine Arbeit in nachfolgende Leitfäden zusammen: 1. In der Volksschule wird der geometrische Unterricht hauptsächlich seines praktischen Nutzens wegen betrieben. 2. Darum hat die Volksschule diejenigen geometrischen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermittelns, welche eine praktische Anwendung auch in einfachen Lebensverhältnissen finden. 3. Dieses Ziel wird erreicht: a) durch streng methodische Auswahl und genau begrenzte Anordnung des Unterrichtsstoffes in einem Vorcursus und in einem Hauptcursus; b) durch planmäßige Verknüpfung dieses Unterrichtsgegenstandes mit verwandten Lehrfächern und c) durch sorgfältige Behandlung der methodischen Einheiten nach den formalen Stufen der Herbart-Zillerischen Unterrichtsmethode. Der Correferent, hr. Lehrer Krüger nimmt eine fast entgegengesetzte Stellung ein; er meint, da die Geometrie es nur mit formalen Begriffen zu thun hat, so folgt daraus, daß der formale Bildungswert bei diesem Gegenstande die Hauptfäche ist. Der Berstand des Schülers muss durch den Unterricht in der Raumlehre so weit gefördert werden, daß er alle geometrischen Aufgaben, welche ihm im praktischen Leben gestellt werden, selbstständig zu lösen und eine vergessene Formel aus sich selbst heraus aufzufinden vermag. Der Vortrag beider Referenten erweckte den Beifall des Vereins. Der Verein giebt dem Vorstand den Auftrag, die Bildung eines Ortsausschusses zur Provinzial-Lehrerversammlung in die Wege zu leiten. Herr Haupitlehrer Mielke giebt einen kurzen Überblick über die in Magdeburg abgehaltene Sitzung des Landes-Lehrervereins preußischer Volksschullehrer. — Zu der am 19. d. M. in Danzig tagenden Jahres-Versammlung des ost- und westpreußischen Verbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volkssbildung werden die Herren Both, Schulz I. und Sohr II. als Deputierte gewählt. — Der Verein erklärt seinen Beitritt zum deutschen Verein für Abenhardarbeit. Die Zahl der Vereinsmitglieder, die gegenwärtig circa 150 beträgt, wird durch die Aufnahme eines Collegen vergrößert. Zur Aufnahme hatten sich drei Collegen gemeldet.

S. [Turn- und Fest-Verein.] Am Sonnabend hielt der genannte Verein die erste ordentliche Hauptversammlung für das Verwaltungsjahr 1888/89 ab. Dünkt wurde von den betreffenden Vorstandsmitgliedern über das verflossene Vereinsjahr Bericht erstattet. Der Verein trat am 1. Mai 1888 in das 29. Jahr seines Bestehens mit 237 Mitgliedern, darunter 4 Ehrenmitglieder. Der Jugang betrug 145 Mitglieder, der Abgang 81, so daß der Verein am 1. Mai dieses Jahres 301 Mitglieder zählte incl. 4 Ehrenmitglieder. Gesturnt wurde am 98 Abenden in der städtischen Turnhalle von 5373 Turnern, mit 42.81 (gegen 45.77 im Vorjahr). Fechtunterricht wurde vom Ehrenvorsitzenden, Hauptmann a. D. Pernin am 34 Abenden erhielt. Der Durchschnittsbesuch war 5 bis 6; leider ein noch geringerer als im Vorjahr. Das Vereinsvermögen beträgt 3128 Mk. efd. 500 Mk. an Turn- und Fechtgeräthen und der 120 Blätter starken Bibliothek, sowie den Turnhallen-Bausonds mit 268 Mk., so daß das Totalvermögen sich im ganzen auf 3893 Mk. beläuft, 443 Mk. mehr als im Vorjahr. 11 Turnfahrten wurden unternommen, ein Schauturnen wurde im Schülensche abgehalten; an turnerischen Unternehmungen beteiligte sich der Verein in Graudenz und Riesenborg und 8 Gauwettturnstunden wurden beobachtet. In den Vorstand wurden wieder gewählt: die Herren A. Ritterfeld und G. Döring zu Vorsitzenden, M. Sommerfeld und O. Momber zu Kassenwarten, G. Gauer und A. Weiß zu Schriftwarten, L. Beck und B. Sturmholz zu Beugwartien, dagegen wurde die Wahl der beiden Turnwarte bis zur nächsten Hauptversammlung ausgeschoben. Als Vereinstokal wurde das Wiener Café bestimmt.

S. [Turn- und Fest-Verein.] Am Sonnabend hielt der genannte Verein die erste ordentliche Hauptversammlung für das Verwaltungsjahr 1888/89 ab. Dünkt wurde von den betreffenden Vorstandsmitgliedern über das verflossene Vereinsjahr Bericht erstattet. Der Verein trat am 1. Mai 1888 in das 29. Jahr seines Bestehens mit 237 Mitgliedern, darunter 4 Ehrenmitglieder. Der Jugang betrug 145 Mitglieder, der Abgang 81, so daß der Verein am 1. Mai dieses Jahres 301 Mitglieder zählte incl. 4 Ehrenmitglieder. Gesturnt wurde am 98 Abenden in der städtischen Turnhalle von 5373 Turnern, mit 42.81 (gegen 45.77 im Vorjahr). Fechtunterricht wurde vom Ehrenvorsitzenden, Hauptmann a. D. Pernin am 34 Abenden erhielt. Der Durchschnittsbesuch war 5 bis 6; leider ein noch geringerer als im Vorjahr. Das Vereinsvermögen beträgt 3128 Mk. efd. 500 Mk. an Turn- und Fechtgeräthen und der 120 Blätter starken Bibliothek, sowie den Turnhallen-Bausonds mit 268 Mk., so daß das Totalvermögen sich im ganzen auf 3893 Mk. beläuft, 443 Mk. mehr als im Vorjahr. 11 Turnfahrten wurden unternommen, ein Schauturnen wurde im Schülensche abgehalten; an turnerischen Unternehmungen beteiligte sich der Verein in Graudenz und Riesenborg und 8 Gauwettturnstunden wurden beobachtet. In den Vorstand wurden wieder gewählt: die Herren A. Ritterfeld und G. Döring zu Vorsitzenden, M. Sommerfeld und O. Momber zu Kassenwarten, G. Gauer und A. Weiß zu Schriftwarten, L. Beck und B. Sturmholz zu Beugwartien, dagegen wurde die Wahl der beiden Turnwarte bis zur nächsten Hauptversammlung ausgeschoben. Als Vereinstokal wurde das Wiener Café bestimmt.

S. [Turn- und Fest-Verein.] Am Sonnabend hielt der genannte Verein die erste ordentliche Hauptversammlung für das Verwaltungsjahr 1888/89 ab. Dünkt wurde von den betreffenden Vorstandsmitgliedern über das verflossene Vereinsjahr Bericht erstattet. Der Verein trat am 1. Mai 1888 in das 29. Jahr seines Bestehens mit 237 Mitgliedern, darunter 4 Ehrenmitglieder. Der Jugang betrug 145 Mitglieder, der Abgang 81, so daß der Verein am 1. Mai dieses Jahres 301 Mitglieder zählte incl. 4 Ehrenmitglieder. Gesturnt wurde am 98 Abenden in der städtischen Turnhalle von 5373 Turnern, mit 42.81 (gegen 45.77 im Vorjahr). Fechtunterricht wurde vom Ehrenvorsitzenden, Hauptmann a. D. Pernin am 34 Abenden erhielt. Der Durchschnittsbesuch war 5 bis 6; leider ein noch geringerer als im Vorjahr. Das Vereinsvermögen beträgt 3128 Mk. efd. 500 Mk. an Turn- und Fechtgeräthen und der 120 Blätter starken Bibliothek, sowie den Turnhallen-Bausonds mit 268 Mk., so daß das Totalvermögen sich im ganzen auf 3893 Mk. beläuft, 443 Mk. mehr als im Vorjahr. 11 Turn

Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch billigster.

Ueberall zu haben in Büchsen à
Rm. 3.30, Rm. 1.80, Rm. 0.95.

Durch die schwere aber
glückliche Geburt eines ge-
jungen Knaben wurden hoch
erfreut.
Danzig, den 12. Mai 1889.
Richard Mörner
und Frau Elisabeth
geb. Lierau. (9015)

Die Geburt eines kräftigen
Knaben zeigen an
8899) Rudolf Tuchel
und Frau.
Reukrügerskampe, 11. Mai 1889.
Statt besonderer Melbung.
Margarete Engholm.
Robert v. Rieben.
9018) Verlobte.
Danzig, den 12. Mai 1889.

Heute Nachm. 3½ Uhr
entstieß nach langem Leid-
en, unser liebe Mutter,
Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester und
Schwagerin
Rahel Zutrauen,
geb. Loewy, im 69. Lebensjahr, was
Freunden und Bekannten,
um stillle Zeihnahme bitten
anzeigen.
Die hinterbliebenen.
Danzig, den 12. Mai 1889.
Die Beerdigung findet
am Mittwoch, den 15. cr.
Vorm. 10 Uhr, vom Glieber-
hause, Heil. Geistgasse 61
aus, statt. (9047)

Heute Vormittags 10 Uhr ent-
stieß uns der unerträgliche Tod
all unserer Freunde unter innig
geliebtes einiges Kind, unsern
Gohn

Hans
im 24. Lebensjahr nach 4 wö-
chentlichen schweren Arakanken-
gegen, diezen zeigen allen Freunden
Bekannten und Verwandten, mit
der Bitte um ein stillles Gebet für
unsern theuren Einschlafeten an
Die liegegeboen Eltern
L. Karlewski und Frau
geb. Lehnau. (9012)
Guhm, den 12. Mai 1889.

Heute starb unser geliebter
jüngster Sohn
Hans.
Königsberg, 10. Mai 1889.
Joseph Litten
8891) und Frau.

Bekanntmachung.
Die an der Lamwendel- und Hä-
hergassen-Ecke Nr. 7/8 belegene
ehemalige Weinberger-Synagoge soll an Ort und Stelle mit dem
Vordergebäude am

Donnerstag, d. 16. Mai cr.,
Vormittags 10 Uhr,
auf Abriss an den Meistbie-
tenden verkauft werden.

Bedingungen liegen zur Ein-
sicht der einzigen Häuser in un-
serem Gemeinde-Bureau (Neue
Synagoge Neitbahn 10/13) aus.

Danzig, den 9. Mai 1889.
Der Vorstand
der Synagogengemeinde
zu Danzig. (8801)

Mobiliar-Auction
heilige Geistgasse 82.

Dienstag, den 14. Mai cr.,
Vormittags 10 Uhr, werde ich im
Auftrage aus 2 Nachläufen, wo-
unter die eines höheren Mil-
itarbeamten gegen baare Zahlung
a tout prix verkaufen:

1 mahagoni Servante 1 Gie-
spiegel, Sophia und 1 Steller-
riegel, 1 mah. Waschtisch 2 do.
Sophatische 6 do. Schrankhüle,
1 do. Wäscheplind, 1 do. Spie-
tafel, 1 do. Spiegelspind, 1 do.
Waschtisch mit Marmor, 1 do.
Bertikow, 2 do. Sophas, 1 Gi-
garrenspind, 1 do. Aldeirspind,
1 do. alte Komode, 1 Rauch-
tisch, 1 Rohrblumentisch, 1 eleg.
Hängelampe, 4 Glühlampen,
1 Glühunter Glas, 8 Wies-
nerhüle, 2 birk. und 1 schi.
Bettgestell mit Sprungfedern-
boden, 2 elegante Delbrück-
bilder, 1 Aldeiränder, Ten-
sterkissen mit Lamberquins, alte
Hand- u. Reisekoffer, 1 Glas-
bowle, 1 Papierkorb, 2 Aldeir-
tische, 1 Fischglas, 1 Kochap-
parat, Wäschehüle, Glas, Por-
zellain pp. wou einlaide. (8947)

W. Emald,

Königl. vereidigter Auctionator
und Gerichts-Notar.
Bureau: Alte. Graben 104.

Coffee-Auktion.

Donnerstag, 16. Mai,
Vormittags 10 Uhr
sollen in der Remise des Herrn
Spediteur Hülfens, Laßadie 25,
öffentl. meistbietend versteigert
werden:

5 Ballen Caffee
in beschädigtem Zustande, verjoss.
9021) **Ehrlich.**

Dirschau
bis (9048)

Güterzuweisung erbitten

Gebr. Harder.

Die erwartete Sendung von
einem weißen

Virginischen

Pferdezahn-Gaat-Mais

ist soeben v. Dampfer "August"

eingetroffen und erfüllte die ge-
ehrten Herren Besteller denselben

abholen lassen zu wollen. (9023)

Tiefen-Zieke, Rothenmarkt 28.

Natur-Ungarweine,

garantiert echt, weiß, roth, herb o.

verpackt in 4 Liter-Fäschchen

portofrei zu 5–6 M. steuerfrei

1–2 M. höher. W. Groß, Mein-

Export, Jägerndorf, Oesterreich.

Druck und Verlag von

A. W. Riemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Dampfer "Bromberg", Capt.
Witthowsky, lädt bis Donnerstag
nach allen Weichselstädt. bis
Bromberg und Montiv. Anmeldeungen erbitten
Dampfer-Gesellschaft
"Fortuna" (9043)
Schäferei Nr. 13.

Dampfer "Weichsel"
lädt nach Thorn, Włocławek
und Risch. Güteranmeldeungen erbitten
Dampfer-Gesellschaft
"Fortuna". (9020)

Königsberger Pferde-Lotterie,
Sieb. 16. Mai cr., Losse a. M. 3.
Mecklenburger Pferde-Lotterie
Ziehung 22. Mai cr., Losse M. 1.
Mecklenburgsche Geldlotterie,
Hauptgewinn M. 40 000. Losse
a. M. 3.
Marienburgsche Geld-Lotterie,
Hauptgewinn M. 20 000. Losse
a. M. 3.
Königsberger Pferde-Lotterie,
Losse der Marienburgsche Pferde-
Lotterie a. M. 3.
Rath-Arena-Lotterie, Haupt-
gewinn M. 150 000. Losse
a. M. 3 bei (9032)
Th. Berlin, Serberasse 2.
Der Verkauf der Königs-
berger Losse wird morgen
geöffnet.

Die letzten
Königsberg Pferdelosse
Ziehung unverzerrlich
nächsten Mittwoch.
11 Losse à 30 M.
empf. die General-Agentur
von Leo Wolff, Königs-
berg in Pr. Kammt. 2,
sowie Losse à 3 M alle
durch Blaetze erkennlichen
Verkaufsstellen.
Obige Losse sind in Danzig
vorräthig bei Herren Th.
Berlin, Th. Biskit u.
Co., Hermann Lau, Exp.
des Danz. Tagblatts und
bei A. W. Riemann.

Mag Beck,
pract. Jahr. Art,
Langasse 42, 1. Etage,
im Hause des Café Central.
(8905)

Sicher und schnell
bereite ich junge Leute zum Post-
abschluß-Examen vor. Honorar
und Pension billige. Ia. Referenzen.
Anmeldeungen zum neuen
Aurius erbitten möglichst bald.
Oscar Mantau,
Lehrer in Grasburg Westpr.

Rieselfelder
Spargel,
täglich frisch in zarter,
weicher Qualität,
1. Sorte 60 Pf. à Psd.
2. Sorte 30 Pf. à Psd.
empfiehlt und nimmt Bestellun-
gen nach auswärts hierauf
rechtl. entgegen
die Niederlage von
F. E. Gossing,
Jopen- und Portehaftengassen-
Ecke 14. (9034)

Neue
Matjes-Heringe
frische
Kartoffeln
empfiehlt

F. E. Gossing,
Jopen- und Portehaftengassen-
Ecke 14. (9033)

Stangeli - Spargel
täglich frisch
empfiehlt
Carl Studt,
Hl. Geisla. 47, Ecke der Außegasse.

Hochfeinen
Räucher-Lachs,
Grobkörnigen
Elb-Caviar
empfiehlt (9031)

E. F. Gontowski,
Haushof 5.

Die erwartete Sendung von
einem weißen

Virginischen

Pferdezahn-Gaat-Mais

ist soeben v. Dampfer "August"

eingetroffen und erfüllte die ge-
ehrten Herren Besteller denselben

abholen lassen zu wollen. (9023)

Tiefen-Zieke, Rothenmarkt 28.

Natur-Ungarweine,

garantiert echt, weiß, roth, herb o.

verpackt in 4 Liter-Fäschchen

portofrei zu 5–6 M. steuerfrei

1–2 M. höher. W. Groß, Mein-

Export, Jägerndorf, Oesterreich.

Druck und Verlag von

A. W. Riemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Dirschau
bis (9048)

Güterzuweisung erbitten

Gebr. Harder.

Die Geburt eines kräftigen
Knaben zeigen an
8899) Rudolf Tuchel
und Frau.
Reukrügerskampe, 11. Mai 1889.
Statt besonderer Melbung.
Margarete Engholm.
Robert v. Rieben.
9018) Verlobte.
Danzig, den 12. Mai 1889.

Heute Nachm. 3½ Uhr
entstieß nach langem Leid-
en, unser liebe Mutter,
Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester und
Schwagerin
Rahel Zutrauen,
geb. Loewy, im 69. Lebensjahr, was
Freunden und Bekannten,
um stillle Zeihnahme bitten
anzeigen.
Die hinterbliebenen.
Danzig, den 12. Mai 1889.
Die Beerdigung findet
am Mittwoch, den 15. cr.
Vorm. 10 Uhr, vom Glieber-
hause, Heil. Geistgasse 61
aus, statt. (9047)

Heute Vormittags 10 Uhr ent-
stieß uns der unerträgliche Tod
all unserer Freunde unter innig
geliebtes einiges Kind, unsern
Gohn

Hans

im 24. Lebensjahr nach 4 wö-
chentlichen schweren Arakanken-
gegen, diezen zeigen allen Freunden
Bekannten und Verwandten, mit
der Bitte um ein stillles Gebet für
unsern theuren Einschlafeten an
Die liegegeboen Eltern
L. Karlewski und Frau
geb. Lehnau. (9012)
Guhm, den 12. Mai 1889.

Heute starb unser geliebter
jüngster Sohn
Hans.
Königsberg, 10. Mai 1889.
Joseph Litten
8891) und Frau.

Bekanntmachung.
Die an der Lamwendel- und Hä-
hergassen-Ecke Nr. 7/8 belegene
ehemalige Weinberger-Synagoge soll an Ort und Stelle mit dem
Vordergebäude am

Donnerstag, d. 16. Mai cr.,
Vormittags 10 Uhr, werde ich im
Auftrage aus 2 Nachläufen, wo-
unter die eines höheren Mil-
itarbeamten gegen baare Zahlung
a tout prix verkaufen:

1 mahagoni Servante 1 Gie-
spiegel, Sophia und 1 Steller-
riegel, 1 mah. Waschtisch 2 do.
Sophatische 6 do. Schrankhüle,
1 do. Wäscheplind, 1 do. Spie-
tafel, 1 do. Spiegelspind, 1 do.
Waschtisch mit Marmor, 1 do.
Bertikow, 2 do. Sophas, 1 Gi-
garrenspind, 1 do. Aldeirspind,
1 do. alte Komode, 1 Rauch-
tisch, 1 Rohrblumentisch, 1 eleg.
Hängelampe, 4 Glühlampen,
1 Glühunter Glas, 8 Wies-
nerhüle, 2 birk. und 1 schi.
Bettgestell mit Sprungfedern-
boden, 2 elegante Delbrück-
bilder, 1 Aldeiränder, Ten-
sterkissen mit Lamberquins, alte
Hand- u. Reisekoffer, 1 Glas-
bowle, 1 Papierkorb, 2 Aldeir-
tische, 1 Fischglas, 1 Kochap-
parat, Wäschehüle, Glas, Por-
zellain pp. wou einlaide. (8947)

W. Emald,

Königl. vereidigter Auctionator
und Gerichts-Notar.
Bureau: Alte. Graben 104.

Coffee-Auktion.

Donnerstag, 16. Mai,
Vormittags 10 Uhr
sollen in der Remise des Herrn
Spediteur Hülfens, Laßadie 25,
öffentl. meistbietend versteigert
werden:

5 Ballen Caffee
in beschädigtem Zustande, verjoss.
9021) **Ehrlich.**

Dirschau
bis (9048)

Güterzuweisung erbitten

Gebr. Harder.

Die erwartete Sendung von
einem weißen

Virginischen

Pferdezahn-Gaat-Mais

ist soeben v. Dampfer "August"

eingetroffen und erfüllte die ge-
ehrten Herren Besteller denselben

abholen lassen zu wollen. (9023)

Tiefen-Zieke, Rothenmarkt 28.

Natur-Ungarweine,

garantiert echt, weiß, roth, herb o.

verpackt in 4 Liter-Fäschchen

portofrei zu 5–6 M. steuerfrei

1–2 M. höher. W. Groß, Mein-

Beilage zu Nr. 17679 der Danziger Zeitung.

Montag, 13. Mai.

Reichstag.

65. Sitzung vom 11. Mai.

Die zweite Berathung des Alters- und Invaliditäts-gesetzes steht vor dem letzten VIII. Abschnitt: Schluss-, Straf- und Uebergangsbestimmungen. § 1191 bestimmt, daß als Kranken-Kassen im Sinne dieses Gesetzes gelten die Orts-, Betriebs- (Fabrik), Innungs-Kranken-Kassen, Knappskraftskassen, die Gemeindekrankenversicherungen und landesrechtliche Einrichtungen ähnlicher Art. Von dem Abg. Rickert und von den Socialdemokraten wird beantragt, die freien Hilfskassen in diesen Paragraphen einzufügen.

Abg. Singer zieht den socialdemokratischen Antrag zurück, da bereits bei ähnlichen früheren Anträgen das Haus sich dagegen erklärt habe.

Abg. Rickert: Ich glaube, daß wir ein Interesse daran haben, hier bis zum letzten Augenblicke festzustellen, wie es mit der angeblichen Arbeiterfreundlichkeit bei manchen Parteien steht. Die ganze Art und Weise, wie die Commission diese Kassen behandelt hat, wie sie, noch weiter gehend als die Regierung, diesen Paragraphen eingeschoben, um es nur ja nicht möglich zu machen, daß vielleicht bei irgend einem Paragraphen die freien Hilfskassen berechtigt werden können, dieses ganze Vorgehen der Majorität der Commission und demgemäß auch des Hauses bezeichnet die Stellung, die die Herren der freien Thätigkeit der Arbeiter gegenüber einnehmen. Man muß es nur jetzt in der Presse verfolgen, wie man eine Schadenfreude darüber hat, daß die freien Hilfskassen sich nicht entwickeln können unter der gegenwärtigen Gesetzgebung.

Mit welchem Hohn hebt man es hervor, daß die eingeschriebenen freien Hilfskassen sich nach der letzten Statistik um eine Kleinigkeit vermindert haben, während die Zwangskassen sich erheblich vermehrt haben. Das ist ja richtig, aber die freien Hilfskassen umfassen immerhin noch den sechsten oder siebten Theil aller in Krankenkassen versicherten Arbeiter — 772 000 Mitglieder hatten sie noch — und ich stehe mit Bewunderung vor der Thatatthe, daß die Arbeiter, obwohl die Zwangskassen mehr Vortheile haben, doch noch so viel Selbstgefühl haben, daß eine so große Anzahl von ihnen auf die Wohlthaten, die man den Zwangskassen giebt, verzichten und ihre eigene Verwaltung, die selbständige Feststellung der Beiträge für richtiger halten. Diese Thatatthe ist rühmenswert, und in jedem anderen frei sich entwickelnden Staatswesen würden der Staat und seine Organe sich über diese Thatatthe freuen und alles eher thun, als mit so rauher Hand ihre Abneigung und ihren Widerwillen gegen die freie Thätigkeit der Arbeiter zu bekräften. Ich habe schon erklärt: Meiner Ueberzeugung nach ist dieser ganze Paragraph, den die Commission nur aus Angst angenommen hat, überflüssig. Ich würde um eine Abstimmung über unseren Antrag bitten, damit auch hier noch an dieser letzten Stelle festgestellt wird, in welchem Sinne Sie bei diesem gigantischen Schluskrönungs-works für Arbeiterfreundlichkeit wirken.

Director Bosse: Die Hilfskassen passen ihrer ganzen Organisation nach nicht in dies Gesetz; denn in den Hilfskassen sind die Arbeitgeber nicht vertreten, und darum geht es nicht an, den freien Hilfskassen Rechte gegenüber den Arbeitgebern einzuräumen.

Abg. Schrader bittet nochmals um Annahme des Antrages Rickert; es gebe freie Hilfskassen, deren Organisation so beschaffen sei, daß sie sehr gut in das Gesetz eingeführt werden könnten.

Der Antrag Rickert wird gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt und der Paragraph nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

§ 130 überläßt den Centralbehörden der Bundesstaaten die Bestimmung darüber, welche Verbände als weitere Communalverbände anzusehen, und von welchen Behörden die durch das Gesetz auferlegten Verrichtungen wahrzunehmen sind.

Abg. Hahn (conf.) beantragt, diese Behörden genauer zu definieren als obere Verwaltungsbehörden, untere Verwaltungsbehörden, Ortspolizeibehörden und Gemeindebehörden, sowie den Centralbehörden auch zu überlassen, welchen Verwaltungen die Wahrnehmung der den Vertretungen der weiteren Communalverbände in diesem Gesetz zugewiesenen Verrichtungen zu übertragen sind.

Geheimrat Bosse bittet, den Antrag abzulehnen. Er sei zu eng, während die Fassung der Commission den Landescentralbehörden freiere Hand ließe.

Abg. Schrader erklärt sich für den Antrag. Denn da in diesem Gesetz immer von oberer und unterer Verwaltungsbehörde und Ortspolizeibehörde gesprochen wird, müsse auch bestimmt werden, was darunter zu verstehen sei. Zur Entscheidung darüber dürfe der Regierung nicht plein pouvoir gelassen werden.

Unter Ablehnung des Antrags Hahn wird der § 130 angenommen, desgleichen die §§ 131—133 ohne wesentliche Debatte.

Als § 133a ist von der Commission die Bestimmung eingefügt worden, daß für die bestehenden Zwangskassen (Kranken- oder Pensionskassen), außer den Knappskraftskassen, der Beitrittszwang, soweit er für die Versicherung gegen Alter und Invalidität besteht, fortfallen soll.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) beantragt, diesen Paragraphen zu streichen. Diejenigen Arbeiter, welche älteren Zwangskassen angehört haben, würden bei ihrem Beitritt zu den neuen Invalidenkassen nach Auflösung der älteren ihre früheren Beiträge nicht angerechnet bekommen und dadurch empfindlich geschädigt werden. Ebenso werde die Witwe des Arbeiters um ihr Anrecht verkürzt. Die Zwangstheorie dürfe nicht so weit gehen, jemand um seine wohl erworbenen Rechte zu bringen.

Geheimrat Lohmann erwiedert, daß die angeführten Bedenken nur in einer Auslegung der Paragraphen lägen, welche von der Commission keineswegs beabsichtigt sei. Um diese Bedenken zu beseitigen, lasse sich wohl eine andere Fassung bei der dritten Lesung einbauen.

Abg. Schrader bestätigt, daß die von dem Abg.

v. Stumm gemachte Auslegung des Paragraphen der Absicht der Commission widerspräche. Zu einer

eventuellen Änderung sei er gern bereit.

Abg. v. Stumm hält es für parlamentarisch unzu-

lässig, einen fehlerhaften Paragraphen anzunehmen, um ihn erst in dritter Lesung zu ändern.

Der Antrag Stumm wird hierauf fast einstimmig angenommen.

§ 134 enthält Strafbestimmungen, nach welchen Arbeitgeber, welche in die aufzustellenden Nachweise

Eintragungen aufzunehmen, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt sein müste, mit einer Ordnungsstrafe bis zu 500 Mk. belegt werden sollen.

Abg. Schrader: Die Strafen, welche auf Grund dieses Paragraphen erlassen werden können, sind geradezu drakonisch. Beim Unfallversicherungsgesetz waren hohe Strafen am Platze, weil es sich um sehr große Betriebe handelte, bei denen Fehler von bedenklichen Folgen sind. Hier handelt es sich aber nicht allein um die Verhältnisse von Betrieben, sondern um Verhältnisse des gewöhnlichen, persönlichen Lebens. Es ist mir auch zweifelhaft, ob die Verfügungen des Vorstandes der großen Anzahl von Personen, welche es mit diesem Gesetz zu tun haben, werden bekannt werden. Nach dem Unfallversicherungsgesetz werden die Verfügungen des Vorstandes an jeden Berufsgenossen besonders oder durch Organe bekannt gegeben, die jeder Berufsgenosse hält. In diesem Falle wird man die Verfügungen durch öffentliche Blätter bekannt geben müssen, welche der kleine Bauer und Gewerbetreibende in der Regel garnicht liest. Nun habe ich die lebhafteste Besorgniß, daß der Betroffene in Strafe genommen wird, wenn er aus Unkenntnis der Verfügung auf die Eintragung u. s. w. nicht die nötige Aufmerksamkeit verwendet hat. Es ist nicht unmöglich, daß die Leute ganz entsetzlich gequält werden auf Grund dieser Bestimmung. Ich schlage Ihnen vor, diesen und die folgenden Paragraphen jetzt abzulehnen und abzuwarten, ob bis zur dritten Lesung ein Vorschlag kommt, der meine Bedenken beseitigt.

Geheimrat v. Lenthe erwiedert, der Paragraph stelle ja nicht eine Unterlassung oder Verspätung der Einreichung von Nachweisen unter Strafe, sondern nur wissentlich oder fahrlässig falsche Eintragungen.

§ 134 wird angenommen; ebenso 135—137.

Den § 139, welcher dem Arbeitgeber oder Bevollmächtigten eines solchen, der durch Missbrauch seiner Stellung eine versicherungspflichtige Person an der Wahrnehmung eines auf diesem Gesetz beruhenden Ehrenamtes hindert, mit Strafe bedroht, hat die Commission gestrichen.

Abg. Singer (soc.) beantragt Wiederherstellung dieses Paragraphen. Daß derselbe eine Nothwendigkeit sei, habe selbst die Regierung in ihrer Vorlage anerkannt. Es sei bezeichnend, daß die Commission diesen Paragraphen habe streichen können, sie habe damit wieder beweist, daß sie allen im wirklichen sozialen Interesse der Arbeiter liegenden Maßnahmen entgegen sei. Wer die Mitwirkung der Arbeiter an den auf Grund dieses Gesetzes einzurichtenden Verwaltungen ernsthaft wolle, müsse diesen Paragraphen zum Besluß erheben.

Abg. Buhl (n.-l.) ist gegen Wiederherstellung des Paragraphen, dessen es nicht bedürfe.

Abg. Singer bleibt dabei, daß ohne diesen Paragraphen ein Missbrauch ihrer Stellung seitens der Arbeitgeber nicht zu verhindern sei. Und daß Missbräuche zu erwarten seien, denen man vorbeugen müsse, das sei ja auch die Ueberzeugung der Regierungen gewesen.

Die Abstimmung über den Antrag, für den die Nationalliberalen, Centrum und Conservativen zum Theil, die Socialdemokraten und Freisinnigen geschlossen stimmen, bleibt zunächst zweifelhaft, so daß, um eine Zählung in dem unzweifelhaft beschlußfähigen Hause

zu verhindern, die Nationalliberalen sich allmählich fast sämmtlich für den Antrag erhoben, der demgemäß angenommen wird. § 139 ist also wiederhergestellt.

§ 147 „Übergangsbestimmungen“ verkürzt für diejenigen, die bereits beim Inkrafttreten des Gesetzes das 40. Lebensjahr vollendet haben, aber nachweislich in den drei letzten Jahren vorher zusammen mindestens 141 Wochen in einem die Versicherungspflicht begründenden Dienstverhältnis gestanden haben, die Altersrente um so viel Beitragssätze, als ihre Lebensjahre bei Inkrafttreten des Gesetzes die Zahl 40 übersteigen.

Abg. Gebhard (n.-l.) beantragt, diese Bestimmung auch auszudehnen auf diejenigen, welche sich freiwillig versichern und ebenfalls das 40. Lebensjahr vollendet haben.

Geheimrat Bosse bittet den Antrag abzulehnen, weil dadurch für die Versicherungsanstalten eine unübersehbare Belastung geschaffen würde. Die Annahme des Antrages würde die Ausführung des ganzen Gesetzes gefährden.

Abg. Schrader glaubt, daß die Sache nicht gar so schlimm sein würde, weil nicht zu viele Personen von der Bestimmung des Paragraphen Gebrauch machen würden. Deshalb sei auch kein Bedenken, den Antrag Gebhard anzunehmen.

Der Antrag Gebhard wird abgelehnt und der § 147 angenommen.

§ 147 e bestimmt, daß für die vor Ablauf der Wartezeit gewährten Renten in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes höchstens der Lohnsatz der zweiten Lohnklasse in Anrechnung kommt.

Abg. Buhl (n.-l.) beantragt, die nach der nunmehr beschlossenen Honorirung der Lohnklassen entsprechend dem Antrag Adelmann notwendig werdende Änderung diejenigen Paragraphen dahin zu fassen, daß bei den Uebergangsaltersrenten, insoweit dieselben innerhalb der ersten zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes entstehen, für die vorherige Zeit die Beiträge der Lohnklasse angerechnet werden, die dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst in den letzten drei Jahren vor Beginn des Gesetzes entspricht; in allen anderen Fällen werden die nach Inkrafttreten des Gesetzes entrichteten Beiträge zu Grunde gelegt.

Geheimrat Bosse gibt zu, daß die Fassung der Commission jetzt nicht mehr zutrete, und empfiehlt daher, den Antrag Buhl, obwohl sich gegen denselben materielle und formelle Bedenken geltend machen ließen, einstweilen anzunehmen, bis eine bessere Lösung gefunden sei.

Abg. Singer (soc.) beantragt den Paragraphen zu streichen, der einerseits nicht mehr zutrete, andererseits aber auch völlig unnötig sei und zu Untrüglichkeiten Veranlassung gebe. Man solle die Leute, welche die Wartezeit noch nicht ausgenutzt hätten, nicht dafür büßen lassen, sondern die ihnen nach ihrer Lohnklasse zukommende Rente gewähren. Aus diesem Grunde müsse er auch den Antrag Buhl ablehnen.

Abg. Schrader erkennt an sich die Berechtigung des Antrages Buhl an, hat gegen denselben jedoch das Bedenken, daß es sehr schwer sein werde, das wirkliche Einkommen der Arbeiter in den letzten drei Jahren vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zu ermitteln. Auch dieser Fall zeige wieder, wie wenig man Ursache habe, die Fertigstellung des Gesetzes so zu beeilen.

Der Antrag Buhl wird angenommen.

Nach § 150 sollen die Vorschriften, welche sich auf die Herstellung der zur Durchführung des Gesetzes betreffenden Einrichtungen beziehen, mit dem Tage der Bekündigung des Gesetzes in Kraft treten. Im übrigen wird der Zeitpunkt der Inkraftsetzung durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt.

Die Abg. v. Frankenstein, Hahn und v. Ulrichshausen beantragen, daß die Bestimmungen über den Verkauf der Marken durch die Postanstalten in Bayern und Württemberg nur mit Zustimmung dieser Bundesstaaten in Kraft treten sollen.

Abg. Miguel (nat.-lib.) hält es für wünschenswert, einen bestimmten Geltungstermin für das Gesetz anzunehmen, damit die befehligen Behörden und Communalverbände sich mit ihren vorbereitenden Schritten darnach einrichten können.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Festsitzung eines Termines könnte leicht dahin führen, daß eine Aenderung des Gesetzes notwendig wird, wenn es nicht möglich ist, die Vorbereitungen für das Gesetz rechtzeitig zu erledigen. Diese unangenehme Eventualität fällt fort, wenn eine kaiserliche Verordnung das Gesetz in Kraft setzt. Wenn ein Termin in das Gesetz festgestellt werden soll, so könnte dies frühestens der 1. Januar 1891 sein.

Abg. Rickert: Wir wollten auf diese Frage erst bei der dritten Lesung eingehen. Sie hat allerdings für das Parlament eine constitutionelle Bedeutung. Insofern stimme ich Miguel zu. Sehr lange Vorbereitungen aber — darin muß man dem Minister Recht geben, — wird es nicht bedürfen. Einer Gestaltung corporativer Verbände bedarf es nicht, die sind hier überhaupt verschwunden. Es handelt sich hier nur um Arbeiten für gewisse bereits vorhandene Behörden. Die ganze Idee von der Berufsgenossenschaft ist hier im Gegensatz zur kaiserlichen Postshaft unausgeführt geblieben, und man könnte von diesem Standpunkte aus die Legitimation dieses Gesetzes bestreiten. Miguel will keine zu schleunige Einführung des Gesetzes. Da kommen wir eben wieder auf den wunden Punkt und ich muß immer nochmals die Frage wiederholen, was haben Sie für ein Interesse daran, wenn Sie jahrelange Vorbereitungen haben wollen, uns nun das Gesetz selbst über den Kopf hinweg so schnell zu beschließen? Viel nöthiger als lange Vorbereitungen zur Durchführung des Gesetzes sind lange Vorbereitungen vor seiner Annahme, viel nöthiger ist, daß das Gesetz selbst in seinen einzelnen Bestimmungen und Consequenzen vorher genau überlegt werde. (Sehr richtig! links.) Sie müssen sich doch selbst das Zugeständniß machen, daß das Ding nicht nach allen Richtungen klar durchdacht ist, und daß wir — abgesehen von dem Collegen Henning — über die Einzelheiten noch nicht genügend klar sind. Es sind eben nur äußere Gründe, welche Sie zu dieser Beschleunigung veranlassen. Sie wollen es durchaus vor den Wahlen fertig haben. Aber eine derartige Gesetzgebungsart rächt sich in der Zukunft. Was Herr Miguel ausgesprochen hat, das ist das Bedenken, daß er in seinem Innern gegen eine allzu schnelle Einführung dieses Gesetzes hat. Deshalb möchte ich ihn bitten, in dem Sinne der Idee des Abg. v. Kardorff sich mit uns über eine Vertagung des Gesetzes zu verständigen, um dem Lande Zeit zu lassen. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Windthorst: Ich habe die Meinung, daß wir das Gesetz in dritter Berathung entweder ablehnen oder wesentlich verändern müssen. Ich werde meines Theils in der Richtung thun, was in meinen Kräften steht. Wenn das aber nicht geschieht, dann wünsche ich, daß das Gesetz so rasch wie möglich durchgeführt wird, damit diejenigen, die es gemacht, die Früchte ihrer Thaten sehen. (Gehr wahr! im Centrum und links). Die Baumeister, welche das Haus gebaut haben, werden auch am besten geeignet sein, die Re-

paraturen vorzunehmen oder das ganze Haus abzubrechen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Ich wünsche, daß das Gesetz nicht so schnell in Kraft geetzt wird, denn es muß Zeit genug sein, um die Berufsgenossenschaften umzuändern, so daß sie für dieses Gesetz mit herangezogen werden können, aber sie ganz zu beseitigen. Denn die berufsgenossenschaftlichen und die hier feststellenden Organisationen können nicht neben einander arbeiten. Eine Hinausschiebung der dritten Berathung habe ich gewünscht, weil ich die Beschlusunfähigkeit des Reichstags fürchtete; diese Furchtung hege ich nicht mehr. Eine Hinausschiebung der dritten Lesung zum bis Herbst würde gefährlich sein, weil dann eine ganz neue Berathung stattfinden würde.

Abg. Miguel (nat.-lib.): Ich wünsche, daß ich mich über das Gesetz habe. Das ist richtig; aber diese Zweifel können nicht durch eine theoretische Erörterung beseitigt werden, sondern nur durch die Praxis. Von einer Hinausschiebung der dritten Lesung bis zum Herbst ist eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erwarten.

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist unglaublich, was in Bezug auf die Vertagung des Gesetzes bis zum Herbst für Gerüchte kursirt haben. Gestern ging mir die Nachricht zu, daß der Herr Reichskanzler positiv der Meinung sei, die Vertagung bis zum Herbst vorzunehmen und den Reichstag jetzt nach der zweiten Lesung zu schließen. Die Information an Ort und Stelle ergab das Gegenteil. Vor einer Viertelstunde schickte der Herr Reichskanzler zu mir, er wäre überrascht, über die ihm zugegangene Nachricht, daß der Minister v. Bötticher für eine Vertagung bis zum Herbst schwärme. Da habe ich ihn nun wieder beruhigen können und bitte Sie, alle ähnlichen Gerüchte unter die Kategorie des groben Unsugs zu rubriciren. (Heiterkeit.)

Abg. Henning (Reichsp.): Gegen Hrn. Rickert bemerke ich: Ich habe mich bemüht, die Vorlage kennen zu lernen und als freiwilliger Zuhörer in den Commissionsverhandlungen mich zu belehren. Hrn. Rickert, der Commissionsmitglied war, habe ich in der Commission häufig nicht gesehen. (Hört! rechts.)

Abg. Rickert: Als unbefangener Zuhörer der Discussion ist mir eines aufgefallen. Wenn Hr. v. Bötticher es für möglich hält, daß der Reichskanzler ihm Gedanken einer Vertagung der dritten Berathung bis zum Herbst nicht fernsteht, und deshalb eine ausdrückliche Anfrage an ihn stellt, wenn am Tage darauf der Reichskanzler es nicht für unmöglich hält, daß Hr. v. Bötticher dem Gedanken einer Vertagung nahe steht, und wiederum eine besondere Anfrage an ihn richtet, dann muß das doch ein ganz vernünftiger Gedanke sein. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Die Anfrage des Reichskanzlers halte ich für einen kostlichen Wit, allerdings anders zu interpretieren, als es der Herr Minister hat, so daß ich an seiner Stelle hier im Hause darüber die Bemerkung nicht gemacht hätte (Große Heiterkeit), indessen das ist seine Sache. Da Hr. Henning durch mein Lob so geärgert worden ist, daß er eine rein persönliche Bemerkung gegen mich machen mußte, so verspreche ich ihm, in Zukunft mit Lobeserhebungen sparsamer zu sein. (Heiterkeit.) Wenn er aber nach gewissen Vorbildern meine Thätigkeit in der Commission kritisiren will, so halte ich ihn dazu am allerwenigsten bereit. Wenn ich gleichzeitig im Abgeordnetenhaus und in der Commission des Reichstags Sitzungen halte, so konnte ich selbstverständlich nur in einer derselben sein. Wenn jemand seine ganze Kraft und Zeit den öffentlichen Angelegenheiten widmet — und mehr kann man doch nicht — so sollte er doch wenigstens von solchen Schulmeistereien verschont bleiben. (Präsident v. Levetzow erklärt diesen Ausdruck für unparlamentarisch.)

Bei der Berathung über die Überschrift beantragt

Abg. Henning (Reichsp.) das Wort Invalidität zu ersuchen durch „Erwerbsunfähigkeit“.

Abg. Hahn (cons.) und Geheimrat Bosse halten es nicht für angemessen, daß im deutschen eingebürgte Wort „invalid“ durch ein anderes ungebräuchlicheres zu ersetzen.

Abg. Schrader ist gleichfalls gegen die Erziehung des Wortes „Invaliditätsgesetz“ durch das Wort „Erwerbsunfähigkeitsgesetz“, denn das letztere könnte sehr leicht zu einem „Unfähigkeitsgesetz“ werden (Heiterkeit links) und mit diesem Namen möchte er doch das Gesetz nicht belegen lassen.

Der Antrag Henning wird zurückgezogen, ein Eventualantrag desselben aber, die Bezeichnung „Invaliditätsversicherung“ vor „Allersversicherung“ zu setzen, angenommen.

Es folgt die Berathung der zum Gesetz eingegangenen Petitionen.

Ref. v. Manteuffel führt aus, daß durch die Berathung die in den Petitionen enthaltenen Bedenken in wirksamster Weise erledigt seien, da derjenige Punkt, der zu den meisten Ausstellungen Veranlassung gegeben habe, die Arbeitsbücher, ja nunmehr durch die Einführung der Quittungskarten erleidet sei. Gegen das Gesetz selbst seien nur 6, gegen die Arbeitsbücher 2138 Petitionen eingegangen.

Abg. Schrader macht darauf aufmerksam, daß nicht eine einzige Petition dem Gesetz pure zustimmt (Bewegung), überhaupt keine den jetzigen Entwurf auch nur in der Hauptlage billige.

Abg. Rickert fragt, ob auch noch in der dritten Lesung über die Petitionen gesprochen werden könne; in diesem Falle wolle er jetzt auf das Wort verzichten.

Präsident v. Levetzow bejaht diese Frage.

Ref. v. Manteuffel: Allerdings bildet keine Petition: macht schnell das Gesetz und genau so, wie die Regierung es vorgelegt hat — die Commissionsbeschlüsse könnten die Petenten ja noch nicht — aber für die Tendenz des Gesetzes sind die meisten. Nur 7 lehnen es pure ab. Die Bedenken der 2138 gegen die Arbeitsbücher sind durch Einführung der Quittungskarten gehoben.

Abg. Ginger (soc.) behauptet, nach seiner Kenntniß der Ansichten der Petenten, daß die Bedenken über die Quittungsbücher durch die Einführung der Quittungskarten nicht beseitigt sind. Die Petenten fürchten, durch diese der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben zu sein. Daß die Petitionen für die Tendenz des Gesetzes sind, beweise noch nichts für die Vortrefflichkeit des jetzigen Entwurfs. Hier im Hause sei es keinem eingefallen, sich gegen die Tendenz auszusprechen. Aber trotz der Uebereinstimmung mit der Tendenz könne man den mangelhaften Bestimmungen des Gesetzes nicht zustimmen.

Abg. Schrader meint gleichfalls, daß die Bedenken der Petenten durch die gefassten Beschlüsse nicht beseitigt seien, die Petitionen also nicht als die Vorlage unterstützend angesehen werden könnten.

Abg. Kamp (Reichsp.) hält die Bedenken der Petitionen bezüglich der Quittungsbücher für beseitigt, so daß kein weiterer Einwand für dieselben gegen das Gesetz vorliege.

Abg. Schrader betont, daß die Petitionen auch noch andere sehr schwerwiegende Bedenken enthielten, die nicht beseitigt seien.

Abg. Gebhard: Eine große Zahl von Petitionen hat sich nicht bloß für die Tendenz dieses Gesetzes, sondern für die Gesamtgestaltung des Gesetzes ausgesprochen. Daß sie sich nicht auf alle Einzelheiten des Gesetzes eingelassen haben, ist selbstverständlich.

Ref. v. Manteuffel: Ich möchte nur dem Versuche des Abg. Schrader entgegentreten, die Sache in dem Lichte darzustellen, als ob die 3200 Petitionen sich direkt gegen das Gesetz gewendet haben.

Abg. Schrader: Ich habe nur gesagt, daß keine

Petition vorliegt, welche dem Gesetz in den Hauptgrundzügen zustimmt.

Über die Erledigung der Petitionen wird in dritter Lesung entschieden werden.

Damit ist die zweite Lesung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage beendet.

Nächste Sitzung: Montag.

Butter.

Hamburg, 10. Mai. (Bericht von Ahlmann u. Bösen.) Freitags-Notirung hamburgischer Importeure und Exporteure unter Anerkennung und Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Meierei-Verbände: Netto-Preise, Hof- und Meierei-Butter, frische wöchentliche Lieferungen:

1. Klasse 103—105 M., 2. Klasse 100—102 M., 3. Klasse 97—100 M. per 50 Kilogr. Netto-Gewicht, reine Zara, frachtfrei Hamburg. Als Brämentpreis wurde in einigen Fällen 1 M., in zwei Fällen 2 M. mehr bezahlt. —

Ferner Brüderlinsirungen per 50 Kilogr.: Gestandene Partien Hofbutter — M. schleswig-holsteinische und ähnliche Bauer-Butter 90—95 M. schleswig-holsteinische und estländische Meierei-Butter 80—100 M. unverzollt, böhmische, galizische und ähnliche 65—70 M. unverzollt, finnlandische 70—75 M. unverzollt, amerikanische, neuseeländische, australische 60—70 M. unverzollt, Schmier und alte Butter aller Art 30—40 M. unverzollt.

Wie erwartet, veranlaßte unsere vormalige Erhöhung verminderde englische Aufträge und unser Markt verlor ruhiger, doch wurden Notirungen heute 3 M. erhöht. Mittelwaare sehr knapp, ordinäre fremde nachgebend.

Freude.

Hotel Englisches Haus. Hauptmann Schnell aus Cramondorf, Augwitz a. Rastenburg, v. Regin nebst Familie a. Woithke, v. Milleski nebst Familie aus Dalesen, v. Weyher nebst Familie a. Gr. Bojchop, Rittergutsbesitzer, Schulte a. Dirschau, Unternehmer, Gerds aus Malmö, Fabrikant, Adler a. Bremen, Simpson, Koch a. Königsberg, Reiners a. Trefeld, Angelbeck a. Bielefeld, Regau a. Neu, Hanke a. Chemnitz, Ronneberger, Meyerhof, Gropert a. Leipzig, Schyhai a. Berlin, Kaufleute, Voigt a. Berlin, Maurermeister, Bucher a. Schlobberg, Landwirth.

Hotel drei Mohren. Leimühler a. Königsberg, Claude, Kunze a. Mainz, Weber a. Chemnitz, Gratmann, Fürst, Simon, Egerling a. Berlin, Dürr a. Izn, Ischoch, Hoff a. Breslau, Samenbacher a. Paris, Goldstein aus Elbing, Hoff a. Hannau, Hartmann a. Goest, Kemneth a. Alsfeld, Schlesinger, Wendrich a. Leipzig, Aufleute.

Hotel de Thorn. Frau Lieutenant Cremat a. Posen, Fr. Cremat a. Liessau, Wessel a. Stüblau, Koch aus Hohenstein, Gutsbesitzer, Gredicke a. Wurzen, Gottit a. Leipzig, Weber a. Aachen, Schamberg a. Ottensen, Lüderitz a. Worms, Bolte a. Guhl, Schwinge a. Gießen, Wurmlich a. Halberstadt, Aufleute.

Hotel Deutsches Haus. Weichbrot, Jacob, Schlaak, Harrlans a. Berlin, Mandelsohn a. Rissau, Dahler aus Moskau, Hendler a. Leipzig, Wolf a. Hamburg, Kaufleute, v. Gaffé a. Königsberg, Hauptmann, Edler aus Sachsen, Renlier, Goldstein a. Mühlheim, Haber a. Neustadt, Gutsbesitzer.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und vermischt Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Säkularion und Literarische: S. Höcker, — den lokalen und provinziellen Handels-, Marine-Theil: A. W. Hofmann, sämtlich in Danzig.

In den Vollbesitz dauernder Gesundheit gelangen bleichsüchtige, blutarme und an Herpesstätte leidende junge Damen durch Gebrauch von Dr. Mayers Bleichsüchtillen. Dieselben haben alle bisherigen ähnlichen Mittel sehr schnell in den Hintergrund gedrängt, weil schon nach kurzem Gebrauch, ohne daß die Jähne oder der Magen angegriffen werden, die gesunde Gesichtsfarbe wiederkehrt, die Blässe der Schleimhäute schwindet, und auch die übrigen Beschwerden: Kopfschmerz, Athemnot, Herzklagen, Mattigkeit etc. gründlich beseitigt werden. Man nimmt 3 mal täglich 3 Pillen direct nach jeder Mahlzeit. Preis per Kästchen 2.50. Zu haben in den Apotheken.